

Der Bundespräsident

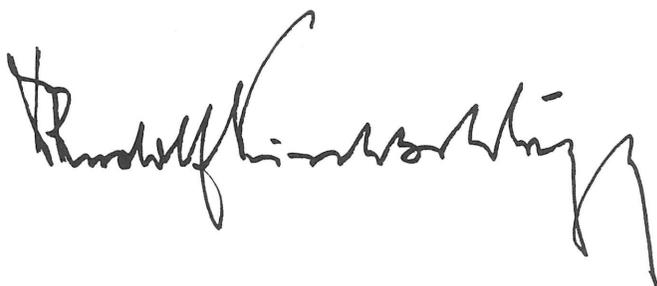
Wir befinden uns gegenwärtig in einer Zeitenwende, die kaum mit einem anderen Abschnitt der von uns erfaßbaren Geschichte vergleichbar ist. Die Einteilung in Altertum, Mittelalter und Neuzeit verblaßt gegenüber der notwendigen Zäsur zwischen der voratomaren Zeit und der Zeit nach Hiroshima, dem atomaren Zeitalter.

Die Lebenserfahrung, daß nach jedem Krieg das Leben wieder neu beginne, gilt für unsere atomare Zeit nicht mehr. Für die Vergangenheit mag es richtig gewesen sein, darauf zu hoffen, daß selbst nach einem Weltkrieg es wieder Zeiten kultureller und wirtschaftlicher Blüte geben könne. In der atomaren Zeit ist für eine solche Hoffnung kein Platz. Wir müssen uns daher zum Willen und zum Vorsatz durchringen, alle unsere Kräfte einzusetzen, daß die Geißel des Krieges aus dieser Welt verbannt werde.

Ein solches Ziel ist keine Illusion! Wohl aber ist es ein Ziel, das die allergrößten Anstrengungen verlangen wird, um es zu erreichen.

Ein sehr wichtiger Weg zu diesem Ziel scheint mir der Prozeß der Wandlung des Menschen zur Friedfertigkeit. Es ist dies ein Weg auf lange Sicht. Er wird bestimmt mehrere Generationen benötigen. Wir alle müssen versuchen von egoistischen, streitbaren und ungerechten Menschen zu friedfertigen Menschen zu werden. Der Anfang muß in der eigenen Familie gemacht werden. Dieser Prozeß muß sich am Arbeitsplatz fortsetzen und als wichtigste Etappe die Sicherung des inneren Friedens in unserem Land erreichen. Dann erst haben wir ein sicheres Fundament für eine Innen- und Außenpolitik des Friedens.

Ich begrüße deshalb aufrichtig die Initiative der "steirischen berichte", ein eigenes Heft dem Frieden, seiner Erhaltung und Sicherung zu widmen. Mögen zahlreiche anregende Beiträge auf die Einladung der Redaktion erfolgen.



Wider einen naiven Pazifismus

Die Diskussionen um Abrüstung und Frieden rücken immer stärker in den Mittelpunkt öffentlicher politischer Auseinandersetzungen. Aus gutem Grunde: Eine hochgezüchtete Waffentechnologie, eine im Grunde unvorstellbare atomare Vernichtungskapazität und irrwitzige Rüstungsausgaben lassen den „atomaren Holocaust“ immer mehr in den Bereich des Denkmöglichen rücken.

Die Folge ist eine zunehmende Verunsicherung, ja geradezu Lebensangst, die wohl nicht zuletzt auch durch die spürbare wirtschaftliche Rezession verstärkt wird. Man setzt sich nun immer stärker mit Fragen der Kriegsverhütung und Abrüstung auseinander: Friedensmärsche, Kundgebungen und Friedensappelle dokumentieren diese Entwicklung. Doch ist man dem angestrebten Ziel nähergekommen? Die ganzen Bemühungen erwecken mehr den Anschein eines engagierten Dilettantismus, da die zugrundeliegenden Ursache-Wirkungs-Mechanismen verzerrt bzw. oft überhaupt nicht gesehen werden. Das aber beinhaltet die Gefahr jener fal-

wie gesellschaftliches Problem. Denn jede Politik ist untrennbar von der Ökonomie – und die Wirtschaft nur eine der Funktionen der Gesellschaft. Unsere gegenwärtige Situation ist charakterisiert durch einen Übergang von einer langen weltwirtschaftlichen Aufschwungbewegung in eine Abschwungbewegung, begleitet von einer Veränderung der internationalen Machtstruktur, die u. a. begründet ist durch das Abbröckeln der einst unbestrittenen Hegemonialposition der USA.

Dabei scheint gerade das Zusammentreffen dieser beiden Entwicklungen besondere Gefahren für den Weltfrieden heraufzubeschwören. Denn nach aller historischen Erfahrung wächst die Gefahr von Kriegen besonders dann, wenn ein weltwirtschaftlicher Abschwung dazu führt, daß sich Verteilungskonflikte nicht nur innerhalb von Gesellschaften, sondern auch *zwischen* ihnen häufen. In einer solchen weltpolitischen Konstellation wird nun

(Foto: Philipp)



schon Beurteilung der Lage, die an der tatsächlichen Situation vorbeigeht und dadurch erst recht „lebensgefährliche“ Folgen induziert. „Friede“ ist (und war wohl auch in der Vergangenheit) nicht nur ein politisch-militärisches, sondern ein mindestens ebenso großes ökonomisches

die abtretende Hegemonialmacht entweder versuchen, sich an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen, oder aber durch besondere Anstrengungen die einmal eingenommene Vormachtstellung wiederzugewinnen. Das kann sich dann in dem Versuch äußern, den (ursprünglichen)

politischen Einfluß durch ein überdurchschnittliches Rüstungswachstum zurückzugewinnen (wie es etwa heute in den USA zu beobachten ist). Die Frage ist allerdings, ob ein solcher Versuch erfolgreich ist, selbst wenn alle Rüstungsprogramme realisiert werden könnten. Die Geschichte lehrt uns jedenfalls etwas anderes. *Senghaas* sieht gerade in der Militarisierung einer Hegemonialmacht den Ausdruck wachsender Schwäche. Denn wenn ökonomische Steuerungsmechanismen nicht mehr wirken, besteht die Tendenz, daß die Hegemonialmacht ihre ursprüngliche ökonomische Dominanz in der Weltwirtschaft militärisch zu sichern versucht. Die Illusion eines solchen Vorhabens besteht nach Meinung *Senghaas'* allerdings darin, daß „sich militärisch nicht langfristig sichern läßt, was ökonomisch verspielt ist – nämlich die Fähigkeit, die Weltwirtschaft aufgrund eigener Wirtschaftskraft zu eigenen Gunsten zu organisieren“. Ohne eine solche ökonomische Grundlage klaffen in der internationalen Politik einer Hegemonialmacht Aufwand und Nutzen auseinander, worin schon immer das grundlegende Dilemma absteigender Hegemonialmächte bestand. Diese Zusammenhänge zeigen jedoch deutlich, wie wichtig die Analyse makroökonomischer Konstellationen ist, die ja meist den Hintergrund für hegemoniale Ausscheidungskämpfe abgeben. Dazu kommt, daß Militärs – berufsbedingt – immer mit dem Schlimmsten rechnen. Zu diesem Denken, im NATO-Jargon als „worst case“ bezeichnet, gehört das permanente Mißtrauen vor einem überfallsartigen Angriff, „mit dem zwar niemand ernstlich rechnet“ (?), der aber zumindest theoretisch möglich ist. (Ein nicht unerwünschter Nebeneffekt solcher „worst case“-Szenarios dürfte wohl auch eine bessere Argumentationsbasis für neue Rüstungsprogramme sein.) Doch setzt diese Einstellung Mechanismen in Bewegung, die nur sehr schwer, wenn

überhaupt reversibel sind. Das konstatiert etwa auch *Augstein*, wenn er schreibt: „Der Krieg wird so gründlich vorbereitet, daß er sich wie von selbst auslöst, weil immer irgendeiner in einer unerwarteten Situation dem Gegner zuvorkommen muß . . .“ Und das gilt vermutlich nicht nur für militärische Abläufe, sondern für den gesamten politisch-militärischen Prozeß. Und hier dürfte auch das Kernproblem der Abrüstungs- und Friedensdebatte liegen: nämlich die durch die enorme Verzerrung des politisch-ökonomisch-militärischen Komplexes verursachte Eigendynamik. Dieser sich selbst verstärkende Automatismus des Rüstungswettlaufes kann nur durch bewußtes öffentliches Engagement – aber vor allem durch eine tiefgreifende Analyse auf wissenschaftlich-rationaler Ebene verhindert werden, da der gesamte Bereich des Wettübens nicht nur ein politisch-militärisches, sondern eben auch ein ökonomisches und gesellschaftliches Problem darstellt. Ein erfolgversprechender Lösungsansatz wird erst über eine Analyse dieser Bereiche möglich sein. Über diese Zusammenhänge hat C. F. von *Weizsäcker* im Rahmen seines „Max-Planck-Institutes zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ einige wertvolle Vorarbeiten geleistet. Mittelfristig liegt eine echte Chance vielleicht am ehesten in einer Umstrukturierung der Rüstung in Richtung sogenannter „Defensivwaffen“, die einerseits militärischen Schutz gewährleisten, auf der anderen Seite dem potentiellen Gegner mangelnde Angriffsbereitschaft signalisieren. Langfristig hingegen ist es aber zweifellos unumgänglich, das im wahrsten Sinne „lebensgefährliche“ und ressourcenraubende Wettüben überhaupt zu beenden. Im Rahmen dieses kurzen Beitrages konnten nur einige Aspekte dieses Fragenbereiches angedeutet werden, doch eines scheint klar: Dieses Problem wird sicher nicht dadurch gelöst, daß das Bundesheer oder sonst irgendeine Armee einfach aufgelöst wird . . .